

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser
Format: Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1338
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 94.

Donnerstag, 23. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigentages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewehrung für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 4 mm hohe Grundzeile: je 6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Kemptinger Rabatt nicht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle bösserer Gewalt — strikte oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notarionsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die nächsten Wirkungen der Präsidentschaftswahl.

In wenigen Tagen wird die ungeheure Spannung, die am Vorabend des 26. April herrscht, beseitigt sein. Die letzten Auseinandersetzungen des Wahlkampfes haben praktisch an sich keine Bedeutung mehr, nachdem der Aufmarsch der Parteien grundsätzlich beendet ist und alles nur noch von den Stimmungsmomenten der Wählermassen selbst abhängt. Was gegenwärtig die führenden politischen Kreise, insbesondere aber die Reichsregierung Luther bewegt, ist die Frage, wie sich die politischen Verhältnisse nach dem 26. April gestalten werden. Im Wahlkampf ist offensichtlich der Eindruck hervorgerufen worden, als handle es sich darum, schwere politische Gefahren zu verhüten oder neue Zukunftsmöglichkeiten zu erschaffen.

In den Kreisen der Reichsregierung sieht man die Dinge jedoch von einem ganz anderen Standpunkt aus an. Die Politik, die Reichskanzler Dr. Luther für die nächste Zukunft einschlagen wird, ist in festumrissenen Umrissen vorzeichnet. Sie wird kaum wesentlich geändert werden durch den Ausfall der Präsidentschaftswahl, die dem Deutschen Reich ein neues Oberhaupt gibt, aber darüber hinaus keine Entscheidung über die Regierungsfragen selbst bedeutet. Man kann es als unbedingt sicher ansehen, daß Reichskanzler Dr. Luther die Leitung der Reichspolitik unbedingt beibehalten wird, denn der neue Reichspräsident wird das größte Interesse daran haben, den leitenden Staatsmann am Ruder zu halten. Anders ist jedoch die Frage der Zusammenlegung des Reichskabinetts.

Dies spielen verschiedene politische Gesichtspunkte mit, die mit dem Ausfall der Präsidentschaftswahl in einem gewissen Zusammenhang stehen. Schon vor einigen Wochen ist von maßgebender parlamentarischer Seite betont worden, daß das gegenwärtige Reichskabinett umgebildet werden müsse, damit die parlamentarische Basis ungeschwächt erhalten bleibt. Die Parteien — vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokratie — scheinen dem Reichskanzler Dr. Luther ihre rückhaltlose Vertrauen und werden nichts unternehmen, um sein Kabinett in Gefahr zu bringen. Vorwiegend aber wird das Zentrum die Initiative dazu ergreifen, um eine andere Zusammenfassung des Ministeriums zu erlangen, weil sonst die Gefahr entstehen könnte, daß das Zentrum gezwungen werden könnte, offiziell aus der Reichsregierung auszutreten. Aus den Zentrumskreisen wird nämlich gegenwärtig erklärt, daß das bisherige Uebergewicht der Deutschnationalen in der Reichsregierung nicht länger für eine Partei tragbar sei, die im Präsidentschaftswahlkampf von deutsch-nationaler Seite in maßlos scharfer Weise bekämpft werde. Das Zentrum werde sich nicht dazu hergeben können, einer überwiegend deutsch-nationalen Regierung die erforderliche parlamentarische Mehrheit zu verschaffen. Mit Rücksicht auf die anderen Weimarer Parteien werde es vielmehr verlangen müssen, das zum mindesten die Demokraten in die Regierung eintreten und ein ausgeprochen sozialistenfeindlicher Kurs im Reich unterbleibe.

Diese Andeutungen der Zentrumsmitglieder lassen also erkennen, daß die wichtigste Folge der Präsidentschaftswahl darin bestehen wird, die parlamentarische Konstellation zu verändern. Darüber hinaus handelt es sich nur noch um außenpolitische Fragen, die durch die Präsidentschaftswahl mehr oder weniger beeinflusst werden.

Mit Erfolg hat Außenminister Dr. Stresemann die Bedenken zerstreut, die hinsichtlich der Formen des Wahlkampfes und ihrer etwaigen Rückwirkungen auf das Ausland erhoben worden sind. Es besteht absolut kein Grund, von einer Erschöpfung der Situation zu sprechen, die auf dem Verhandlungswege geklärt werden muß und geklärt werden wird. Das Reichskabinett wird auf jeden Fall den Versuch machen, zu einer Wahrung der Sicherheitsfrage zu kommen, auch wenn etwa von französischer Seite neue Schwierigkeiten gemacht werden sollten. Abgesehen von der Umgruppierung der parlamentarischen Kräfte kann also kaum erwartet werden, daß sich nach dem 26. April irgendwelche besonders gefährliche Momente für die deutsche Politik ergeben können.

Die christlichen Eltern und die Wahl.

Aus christlichen Elternkreisen wird uns geschrieben: „Das Reichspräsidentenamt für den Katholiken Marx zu gewinnen, hat sich die Zentrumspartei mit der Sozialdemokratischen Partei zusammengesetzt. Dort die strengste Beherrschung des Menschen durch den Weisheit, hier die völlige Autoritätslosigkeit und Diesseitigkeit, dort die Herrschaft der Kirche über den Staat und das persönliche Leben, hier die Feindschaft gegen jede christliche Kirche. Kann es ein unaufrichtiges Bündnis geben? Nur eine dieser beiden Richtungen kann schließlich verwirklicht werden; und da die Sozialdemokratie bei der Wahl die stärkste Wählerkraft stellt, beansprucht sie die Bestimmung der Richtung.“

Was bedeutet das aber für jeden, der für christlichen Glauben und christliche Sitten, für christliche Erziehung der Kinder auch in der Schule ist? Er kann unumgänglich für Marx eintreten, gegen den sich ja auch der Widerstand innerhalb der Demokratischen und Sozialdemokratischen Parteien gemalt regt. Nur Hindenburg, der nicht mit von einer religionsfeindlichen Partei unterstützt wird, kann frei christliche Belange vertreten, der christlichen Kirche und Schule ihr Recht werden lassen. Seit sechs Jahren warten wir, zuletzt unter einer langen Reichskanzlerschaft von diesem selbst Marx, vergeblich auf ein Reichskabinett. Durch die Wahl Hindenburgs dürfen wir hoffen, daß das Versprechen der Verfassung auf ein solches Geseh und Sicherstellung von Befreiungsschritten endlich eingelöst wird. Das würde uns Recht und endliche Ruhe schaffen, unsern Kindern und Enkeln zum Segen sein. Darum richten wir an

alle christlichen Väter und Mütter die Bitte, unbedingt zur Wahl zu gehen, da jede Stimme, die nicht abgegeben wird, dem Gegner zufällt und den christlich-nationalen Kandidaten zu wählen: Hindenburg.“

Der Ring deutscher Katholiken gegen Marx.

Der Ring deutscher Katholiken erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

„An die Katholiken Deutschlands! Das Volk, durch das der Heilige Vater seine Meinung kund werden läßt, der „Operatore Romano“ wartet in einem sehr scharfen Briefartikel vor einem Zusammengehen der Katholiken mit den Sozialisten. Zwischen dem christlichen und dem sozialistischen Gedanken könne es keine Gemeinschaft geben, denn der Sozialismus sei eine Abfolge, ja eine Auflehnung gegen die Familie, gegen den Staat. Zwei ganz verschiedene Welten händen sich hier unversöhnlich gegenüber. Jede Union hierüber sei gefährlich. — Es ist kein Zufall, daß der „Operatore Romano“ so mahnende und warnende Worte in diesem Augenblick an die Katholiken des ganzen Erdkreises richtet. Die Ursache kann nur das Bündnis sein, das die Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie für die Wahl des Reichspräsidenten und für die Bildung des Ministeriums in Bremen abgeschlossen hat.“

Katholiken, die ihr Befort sind um die Heilhaltung der Ehe, um die christliche Erziehung eurer Kinder, um die Unantastbarkeit des Eigentums, um einen gerechten Ausgleich der Stände, um die christliche Gestaltung aller Lebensverhältnisse, hört auf die Mahnung des Heiligen Vaters. Wer Marx wählt, arbeitet für die Sozialdemokratie.“

Berliner Massenkundgebung des Reichsblocks.

* Berlin. Am Donnerstag abend findet im Berliner Sportpalast eine große Kundgebung des Reichsblocks statt, bei der Oberbürgermeister Dr. Jarres die Hauptrede halten wird. Das Schlusswort wird von dem volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius gesprochen werden. Vaterländische Verbände und Organisationen beteiligen sich sämtlich an der Veranstaltung mit ihren Fahnen. Da der Andrang des nationalen Bürgeriums wieder gewaltig sein wird, ist Vorsorge getroffen worden, daß namhafte Redner für Parallelveranstaltungen zur Verfügung stehen.

Anleihen und Reichspräsidentenwahl.

* New York. Staatssekretär Kellog gab die folgende Erklärung ab:

„Die amerikanische Regierung steht jedem Verbinden fern, Deutschland finanziell zu unterstützen, falls Hindenburg gewählt wird. Die amerikanische Regierung hat weder heute noch später die Absicht, sich in die deutschen Wahlen, die eine rein deutsche Angelegenheit sind, einzumischen. Gegenüber anderen Meldungen, wonach Beamte des Schatzamtes die Gerüchte über die Einstellung der Krongeorg Bankiers gegenüber deutschen Anleihen gemäßigter bestärkten, erklärte Kellog, er habe keine Kenntnis von derartigen Vorgehen. Er habe darüber lediglich aus nicht amerikanischen Zeitungen erfahren. Er selbst wisse nichts davon. Ich höre kein einziges Mal davon, bis die Zeitungen darüber berichteten. Ich kann natürlich nicht wissen, was die Bankiers tun, kann aber auf das Bestimmteste erklären, daß keiner von ihnen, der mit der Regierung in Verbindung steht, versucht, sich direkt oder indirekt in die deutschen eigenen Angelegenheiten einzumischen. Wir werden das unter keinen Umständen zulassen.“

Marx in Karlsruhe.

* Karlsruhe. Gestern abend hielt der republikanische Reichspräsidentenkandidat Marx hier eine Rede, in der er u. a. ausührte:

„Das vor 50 Jahren gegründete Deutsche Reich hat zwar nicht alle Völker des deutschen Stammes umfaßt, aber doch dem Deutschtum seinen politischen Rang unter den Völkern zurückgegeben. Dieses Reich sei aber auch im Zusammenhang von 1918 erhalten geblieben. Die Außenpolitik habe zunächst nach dem Zusammenbruch in der Höhe größeren Unheils befreit. Eine solche Abwehrpolitik mit ihren unvermeidlichen Rückschlüssen lasse sich nicht in leuchtenden Farben schildern. Die Sieger, die zwar selbst aus tausend Wunden bluteten, seien nicht bereit gewesen, das deutsche Volk zu verstoßen, sondern hätten mit kurzdamem Gasse dem deutschen Volk gegenüber gestanden. Auch Infanterie und Erinnerungen im deutschen Volk hätten der neuen Außenpolitik entgegengestanden. So sei auch die Arbeit der Nationalversammlung von 1919 vielfach verächtlich geschändet worden. Dies bedeute eine große Ungerechtigkeit und spätere Geschichtsschreibern würden feststellen, daß die deutsche Republik der einzige nationale Halt Deutschlands gewesen sei. Die deutsche Republik sei nicht ein Produkt der Revolution, sondern ein Schatz gegen die drohende Revolution gewesen. Auch die spätere Außenpolitik sei mit dem Schlagwort „Erlösungspolitik“ versehen worden. Dennoch habe diese nationale Idealpolitik erkaufliche und erteuliche Groberungen in den Reihen der früheren Gegner Deutschlands angewendet. Immer mächtiger wird in Europa der Gedanke, daß der Geist des Sieges unfähig sei, die Kriegsverbrechen zu bereinigen. Insbesondere sei die Londoner Konferenz zu einem Ausgangspunkt einer gesunden europäischen Politik geworden. In der Sicherheitsfrage sei eine wichtige Wendung eingetreten. In dem man

nicht mehr wie früher nur von der Sicherung vor Deutschland spreche, sondern Deutschland ein Recht auf eigene Sicherheit zugeschiebe. Die 60 Millionen Deutschen im freien Europa seien für diesen Erbteil keine Gefahr, sondern, wenn man sie leben lasse, eine Bürgschaft für die Erholung Europas. Deutschland müsse als moderner Staat gleichartig unter Gleichartigen, gleichberechtigt unter Gleichberechtigten dastehen. Damit sei auch keine grundsätzliche Einstellung zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gegeben. Die Mitarbeit im Völkerbund liege auf der Linie der deutschen Außenpolitik. Er wünsche den Augenblick herbei, der diese Mitarbeit realpolitisch ermögliche. Das nationale Ziel sei die deutsche Republik. Sie habe einen Anspruch auf Unterstützung durch alle, die das Deutschtum am Leben erhalten wollen.“

Zum Schluss seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen gab Marx die Erklärung ab, daß er die möglichste Ueberzeugung Andersgläubiger stets achten werde und für völlige Gewissensfreiheit eintrete.

Die Steuerentwürfe im Reichsrat.

* Berlin. Der Reichsrat trat gestern abend unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers von Schlieben in einer stark besuchten Vollversammlung zusammen, um die Entscheidung über die von der Regierung vorgelegten Steuer- und Aufwertungsentwürfe zu treffen. Als erstes wurde das Steuerüberleitungsgegesetz ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Dann wurde das Einkommensteuergesetz in der Ausdehnung angenommen, ebenso das Körperschaftsteuergesetz. Das Reichsbewertungsgegesetz fand Annahme gegen die Stimmen Bayerns. Ohne wesentliche Veränderungen wurde dann auch dem Vermögenssteuergesetz zugestimmt.

Im Umsatzsteuergesetz erhöhte der Reichsrat die Grenze für die vorgesehene Befreiung von 5 auf 10000 Mark. Beim Gesetzentwurf zur Änderung der Grundsteuer hatte der Reichsratsausschuß beschloffen, die Börsenumlagesteuer bei Industrieobligationen weiter herabzusetzen. Die Befreiung des Tabakvertriebs wurde auf 1 Pfennig für 100 Mark festgelegt. Ferner ist eine Erhöhung der Wechselsteuer beschloffen worden.

Bei der Grunderwerbsteuer sollte der Steuerfuß, wenn es sich um den Erwerb von neuen Grundstücken für ausländische Kapitalgesellschaften handelt, von 4 auf 3 v. H. herabgesetzt werden.

Die Ausdehnungsbeschlüsse wurden trotz Widerspruch des Finanzministers gegen die Stimme Braunschweigs angenommen und dann auch die Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Gegen die Biersteuer waren unter anderen Bayern, Sachsen und Baden, gegen die Tabaksteuer Sachsen, Hessen und Baden.

Des weiteren wurde der Gesetzentwurf über die gegenseitigen Befreiungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden angenommen. Dagegen stimmten Bayern und Sachsen.

Als letztes der Steuerentwürfe wurde dann der

Gesetzentwurf über den Finanzausgleich

beraten. Der Reichsrat nahm einen sächsischen Antrag an, den Gesamtbetrag der den Ländern zu überweisenden Steuern zu einem Drittel nach dem Aufkommen der Einkommensteuer und für das zweite Drittel nach der Bevölkerungszahl zu berechnen. Der Reichsfinanzminister behandelte dann die Verteilung des Steueraufkommens an die Länder. Er stellte fest, daß das Geleß über den Finanzausgleich in erster und zweiter Lesung verabschiedet worden sei. Die Reichsregierung behalte sich aber vor, in Konsequenz ihres Widerspruches gegen die Reichsratsbeschlüsse in der Verteilungsfrage, dem Reichstage eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Beratung der AufwertungsVorlage.

Im weiteren Verlaufe der Reichsratsitzung werden bei der Beratung der AufwertungsVorlage die Ausdehnungsanträge, die durchweg eine 20 prozentige Aufwertung vorsehen, angenommen. Hierzu erklärt der Reichsfinanzminister, daß die Reichsregierung sich eine besondere Vorlage darüber vorbehalte.

Als Termin für die Rückwirkung der Aufwertungsansprüche wird der 15. Dezember 1922 festgelegt.

Zu dem Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen beantragt der preussische Finanzminister namens der preussischen Staatsregierung

1. die für Altbesitzer von Kriegsanleihen vorgesehene besonderen Rechte auf alle Altbesitzer von öffentlichen Anleihen auszuweiten und
2. die Vorteile der Vorlage auch denjenigen Kriegsanleihebesitzern zugute kommen zu lassen, die nicht mehr im Besitze ihrer Anleihen sind.

Beide Anträge werden trotz des scharfen Widerspruches des Reichsfinanzministers in erster Lesung angenommen. Da vor der zweiten Lesung gegen den zweiten Teil des Antrages auf Ausdehnung der Aufwertung auf Nichtbesitzer von verschiedenen Seiten Bedenken geltend gemacht werden, wird dieser Antrag in zweiter Lesung abgelehnt und die Regierungsvorlage wieder hergestellt. Der erste preussische Antrag wird dagegen auch in zweiter Lesung angenommen. Der Abschnitt des Gesetzes, mit dem das Reich einen Zwang auf Länder und Gemeinden zur Aufwertung über, bedeutet eine Verfassungsänderung und findet in der Abstimmung die verfassungsändernde Mehrheit. Der Reichsfinanzminister schloß hierauf die Sitzung mit der Feststellung, daß das Geleß in erster und zweiter Lesung angenommen und daß auch die für den zweiten Abschnitt erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht worden ist.